

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Katastrophale Lage in Überschwemmungsgebieten

Auch über ein halbes Jahr nach der Jahrhundertflut in Pakistan ist immer noch nicht in allen Gebieten das Wasser abgeflossen. Nach Angaben der Vereinten Nationen leben sieben Millionen Menschen weiter von Nahrungsmittelhilfe. Den schockierenden Schätzungen von UNICEF zufolge leiden in der am schlimmsten getroffenen südlichen Provinz Sindh über 20 Prozent der Kinder an akuter Unterernährung. Solche Raten kennt man sonst nur von Hungersnöten in Afrika. Steigende Nahrungsmittelpreise in Pakistan (wie in vielen anderen Ländern) erschweren den Armen das Leben zusätzlich. Die Landwirtschaft in den betroffenen Regionen ist weit von der Normalität entfernt. Hilfsorganisationen warnen, dass weitere Ernten ausfallen werden, wenn nicht mehr für die Rehabilitierung der Felder getan wird. Ursprünglich waren geschätzte 18–20 Millionen Menschen von den schwersten Überschwemmungen in der Geschichte Pakistans betroffen gewesen. 14 Millionen mussten ihre Häuser verlassen, aber die große Mehrheit ist inzwischen wieder in ihre Heimat zurückgekehrt. Die UN-Flüchtlingshilfeorganisation UNHCR spricht von 166 000 Menschen, die Ende Januar noch in Lagern oder improvisierten Notunterkünften am Straßenrand lebten, deutlich weniger als im Oktober, wo diese Zahl noch drei Millionen betrug. Der internationale Hilfsappell der Vereinten Nationen für 2 Milliarden Dollar, um das Überleben der Opfer bis zum Sommer zu sichern, ist bislang nur gut zur Hälfte gedeckt.

Gewalt im Nordwesten

Im Nordwesten Pakistans kommt es weiterhin regelmäßig zu größeren und beinahe täglich zu kleineren Anschlägen durch die pakistanischen Taliban. Ziele sind neben den Sicherheitskräften vor allem diejenigen Teile der örtlichen Bevölkerung, die mit der Regierung gegen die Taliban zusammenarbeiten, indem sie z.B. Stammesmilizen („Lashkar“) zum Kampf gegen die Militanten aufstellen. Am 10. Februar starben über 30 Armee-Rekruten, als sich in Mardan ein in eine Schuluniform gekleideter Attentäter in die Luft sprengte. An Weihnachten tötete eine Selbstmordattentäterin in Khar, dem Hauptort der Bajaur Agency, fast 50 Menschen an einer Lebensmittel-Ausgabestelle des UN-Welternährungsprogramms. Dieser Anschlag sollte offenbar die lokale Bevölkerung dafür bestrafen, dass sie sich gegen die

Taliban gestellt hatte. Am 6. Dezember wurden über 50 Menschen bei einem Treffen von paschtunischen Stammes-Führern in Mohmand von zwei Selbstmordattentätern in den Tod gerissen. Und am 5. November starben fast 70 Moschee-Besucher beim Freitagsgebet in einem Dorf in der Region von Darra Adam Khel. Auch hier hatten die Attentäter offenbar „Kollaborateure“ im Visier. Unterdessen hat die Armee ihre Operationen gegen die Taliban fortgesetzt. Bei der jüngsten Offensive, die Ende Januar in Mohmand begann, sind nach UN-Angaben über 20 000 Zivilisten aus der Kampfzone geflohen.

Gefährlichstes Land für Journalisten

2010 wurden in keinem Land weltweit so viele Journalisten getötet wie in Pakistan. Laut Reporter ohne Grenzen waren es elf. Andere vergleichbare Organisationen veröffentlichten zum Jahresende leicht abweichende Zahlen, bestätigten aber den Trend, dass Pakistan mittlerweile das gefährlichste Land für Reporter geworden ist. Besonders in den Unruhe-Regionen wie den Stammesgebieten entlang der afghanischen Grenze, Khyber-Pakhtunkhwa und Belutschistan riskieren Journalisten ihr Leben. Zum Teil werden sie von nichtstaatlichen Akteuren wie den Taliban und anderen militanten Gruppen bedroht und attackiert, zum Teil werden sie mehr oder minder zufällig von Bomben getroffen. Und schließlich gibt es immer wieder Fälle, bei denen Journalisten angeben, von staatlichen Sicherheitsorganen misshandelt zu werden. Besonders bekannt wurde der Fall von Umar Cheema von der Zeitung *The News* in Islamabad, der öffentlich den Geheimdienst ISI beschuldigte, ihn im September für mehrere Stunden entführt, geschlagen und gedemütigt zu haben.

Koalitionskrisen

Die pakistanische Regierung schleppt sich von einer Krise zur nächsten. Zwei Koalitionspartner, die radikal-islamistische JUI-F und die MQM (*Muttahida Qaumi Movement*, eine vor allem in Karachi starke, von den Urdu-sprechenden Flüchtlingen aus Indien und ihren Nachkommen dominierte Partei) haben sich Ende 2010 mit der regierenden *Pakistan People's Party* (PPP) zerstritten und sitzen nicht mehr am Kabinetttisch. Das bedeutet, dass die Regierung ihre Parlamentsmehrheit verloren hat und von der Duldung anderer Parteien abhängig ist, darunter besonders der zweitstärksten Partei, Nawaz Sharifs PML-N, abhängig ist. Die PML-N, die

vor allem in der größten Provinz Punjab stark ist und dort auch die Provinzregierung (mit der PPP als Juniorpartner) stellt, wartet aber nur darauf, selbst an die Macht zu kommen. Beobachter sind der Meinung, dass die politische Instabilität wichtige Reformen verhindert, zum Beispiel die auch von ausländischen Geberländern immer wieder eingeforderten Steuer-Reformen. Viele wohlhabende Pakistaner zahlen kaum Steuern. Das gesamte Kabinett trat Anfang Februar zurück, um eine Neubildung und Verkleinerung der Regierung zu ermöglichen. Die alte Regierung hatte über 50 Minister umfasst, was nach Meinung von Pakistans Gläubigern und Oppositions-Politikern der schlechten Wirtschaftslage nicht angemessen war. Die wichtigste Veränderung ist, dass der bisherige Außenminister Shah Mehmood Qureshi nicht mehr dem neuen Kabinett angehört.

„Rambo“ sorgt für neue Spannungen zwischen USA und Pakistan

Der Streit um die Erschießung zweier pakistanischer Motorrad-Fahrer durch den US-Bürger Raymond Davis Ende Januar in Lahore hat die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf eine neue Belastungsprobe gestellt. Davis gab an, von einem Raubüberfall ausgegangen zu sein und in Notwehr gehandelt zu haben. Ein dritter, offenbar unbeteiligter Motorradfahrer wurde von einem Wagen des US-Konsulats überfahren und getötet. Davis wurde von der pakistanischen Polizei unter Mordverdacht verhaftet. Die US-Regierung erklärte daraufhin, Davis sei ein Mitarbeiter des amerikanischen Konsulats und genieße diplomatische Immunität. Sie verlangte seine Freilassung und drohte andernfalls mit Konsequenzen für die US-Hilfe an Pakistan. Die pakistanischen Medien bezeichneten Davis hingegen als „Rambo“, vermuteten in ihm einen CIA-Agenten und berichteten, er habe militärische Einrichtungen fotografiert und Spionageausrüstung in seinem Auto gehabt. Das zuständige Gericht in Lahore verweigerte seine Freilassung. Unklar blieb zunächst, ob die US-Botschaft in Islamabad Davis schon vor oder erst nach dem Vorfall als Diplomaten angemeldet hatten. Die immer wieder berichtete Präsenz von mutmaßlichen US-Agenten und Mitarbeitern privater Sicherheitsfirmen wie des *Blackwater*-Nachfolgers XE ist vielen Pakistanern seit langem ein Dorn im Auge.

US-Luftangriffe in Pakistan

Die Drohnenangriffe in der Grenzregion gehen unvermindert weiter. 2010 hat sich die Zahl dieser Raketenangriffe auf mutmaßliche Militante von unbemannten Flugkörpern mit über hundert mehr als verdoppelt. Die

Schätzungen der Opferzahlen liegen in der Größenordnung von 600–900 im letzten Jahr. Auch 2011 gingen die Drohnenangriffe weiter, was bereits für Protestdemonstrationen in den Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan gesorgt hat. Die CIA kann die aus den USA ferngesteuerten Drohnen nach Meinung von Experten in einem mit der pakistanischen Führung stillschweigend vereinbarten Korridor einsetzen. Vermutlich starten viele dieser Drohnen sogar nicht in Afghanistan, sondern in Pakistan. Die Obama-Regierung, die die Drohnen als eine Art Wunderwaffe im Kampf gegen Al-Qaida und die Taliban betrachtet, würde den Korridor gerne ausdehnen und z.B. auch Ziele in der Umgebung von Quetta ins Visier nehmen, wo die Führung der afghanischen Taliban (die so genannte Quetta-Shura) vermutet wird. Aber Pakistan wehrt sich bisher dagegen.

Verletzung des Luftraums durch US-Helikopter

Ende September protestierte Islamabad erbittert gegen die Verletzung des pakistanischen Luftraums durch US-Helikopter, die anscheinend bei der Verfolgung von Militanten aus Afghanistan heraus die Grenze überquerten. Als sogar zwei pakistanische Grenzsoldaten durch amerikanischen Hubschrauber-Beschuss getötet wurden, blockierte Pakistan tagelang den NATO-Nachschub über die Grenze in Torkham am Khyber-Pass. Die für die NATO in Afghanistan überlebenswichtigen Laster blieben in Pakistan stecken, und viele wurden von Taliban-Kämpfern attackiert und in Brand gesteckt. Die Angelegenheit wurde erst bereinigt, als sich der Chef der US-Streitkräfte, Admiral Mike Mullen, und andere Vertreter der Obama-Administration öffentlich bei Pakistan entschuldigten und zusagten, dass ähnliche Übergriffe in Zukunft nicht mehr vorkommen würden.

Bhutto-Mordermittlungen richten sich gegen Musharraf

Im Mordfall Benazir Bhutto wird nun offen der damalige Präsident Pervez Musharraf von den Ermittlungsbehörden als Beschuldigter behandelt. Die *Federal Investigation Agency* führt den im Exil lebenden pensionierten General als „flüchtig“. Der frühere Polizeichef von Rawalpindi, wo Benazir Bhutto bei einer Wahlkampfkundgebung am 27.12.2007 ermordet worden war, hat Musharraf mit der Aussage belastet, der Präsident habe selber die Sicherheitsvorkehrungen für Bhutto kurzfristig abgeändert und die Säuberung des Tatorts nach dem Verbrechen veranlasst. Musharraf hat stets die Taliban für den Mord an Benazir verantwortlich gemacht.